

Nein zu einem Krieg gegen den Irak

Erklärung des Vorstandes der ISOR e. V.

Mit Sorge verfolgen die Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft, wie Millionen Menschen auf allen Kontinenten, die unverhohlenen Kriegsvorbereitungen der USA-Administration gegen den Irak. Weltweit treten besorgte Bürger und Politiker für eine friedliche Konfliktlösung ein.

Trotz aller Warnungen vor der Gefährlichkeit des Krieges gegen den Irak und seiner Folgewirkungen durch Persönlichkeiten wie den Papst, den UNO-Generalsekretär und führende deutsche Politiker, wird weiter aufmarschiert. George W. Bush und seine Vordenker

definieren den Feind und seine Gefährlichkeit und verlangen, dass die Völkergemeinschaft diesen Vorgaben folgt.

Es ist beschämend, in welcher willfähriger Weise sich Regierungen und führende Persönlichkeiten zahlreicher europäischer Länder, ohne Rücksicht auf die Meinung ihrer Völker, vor den Karren der USA spannen lassen.

Nicht die Beseitigung der Ursachen, die den Terror von Al Qaida jeglichen Boden entziehen würden, sondern die Sicherung der Verfügung der USA-Multis über die reichen Ölquellen des Irak ist das Ziel des Krieges.

ISOR e.V. lehnt jegliche Pläne zur Führung eines Krieges gegen den Irak ab. Wir sind davon überzeugt, dass der weltweite Terror nur durch die Überwindung seiner Ursachen bekämpft werden kann. Durch den Krieg wird er nicht gestoppt. Vielmehr wird neue Gewalt hervorgebracht.

Wir fordern die USA-Administration auf, die Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu respektieren. Energischen Protest erheben wir gegen ihr Vorhaben, auch ohne einen Beschluss des Weltsicherheitsrates einen sogenannten Präventivschlag gegen den Irak, der auch den Einsatz von Atomwaffen vorsieht, zu führen.

Wir erwarten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, dass sie konsequent bei ihrer ablehnenden Haltung zum Krieg bleibt und sich in ihrer Außenpolitik verstärkt um eine tragfähige Friedenslösung für die ganze Region des Nahen Ostens bemüht.

Der Vorstand ruft seine Mitglieder auf, sich an den Protestaktionen zur Verhinderung eines Krieges gegen den Irak, insbesondere an der großen Friedensdemonstration am 15. Februar 2003 in Berlin, zu beteiligen.

Vorstand beschloss politische Konzeption

In seiner Sitzung am 29. 1. 2003 beschloss der Vorstand von ISOR einstimmig eine neue politische Führungskonzeption, die der Lage nach den Bundestagswahlen 2002 Rechnung trägt. Sie ist das Ergebnis einer intensiven Diskussion, an der sich nicht nur die Mitglieder des Vorstandes und des Beirates, sondern auch weitere engagierte Mitglieder von ISOR beteiligten. Auch wenn aus verschiedensten Gründen im Ergebnis einer demokratischen Meinungsbildung nicht jeder Vorschlag berücksichtigt werden konnte: Allen, die aktiv mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle ausdrücklich und herzlich gedankt.

Die politische Führungskonzeption soll Orientierung und Anleitung zum Handeln sein und bedarf jetzt der Umsetzung in der Arbeit des Vorstandes und der TIG.

Alle bisherigen Verbesserungen der rentenrechtlichen Situation der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR sind das Ergebnis von langwierigen juristischen Auseinandersetzungen bis zum Bundesverfassungsgericht. Sie wären aber undenkbar gewesen ohne die öffentlich demonstrierte Solidarität der Mitglieder unserer und anderer Organisationen und ohne die politische Artikulation unserer berechtigten Forderungen.

So stellt sich also die Frage, was die Mitglieder und Funktionäre von ISOR heute und in Zukunft konkret tun können, damit das fortbestehende Rentenstrafrecht weiter als grundgesetzwidriges Ausnahmerecht ange-

prangert, der politische Druck auf den Gesetzgeber aufrecht erhalten und möglichst noch verstärkt wird.

ISOR versteht sich als Teil jener politischen Kräfte der Bundesrepublik, die sich für den Erhalt sozialstaatlicher Regelungen, die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West und Ost und die Herstellung des inneren Friedens durch Überwindung von Diskriminierungen und Ausgrenzungen einsetzen. Hier haben wir die in unseren Biografien begründeten politischen Wurzeln und hier können wir auch am ehesten Verständnis für unsere Anliegen erwarten.

ISOR sucht als von Parteien unabhängiger Sozialverein den Dialog mit unterschiedlichsten politischen Richtungen und deren Vertretern, sofern diese Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Toleranz, Meinungsfreiheit und Menschenwürde als Werte ansehen, die universelle Geltung für alle Menschen, auch für die Gegner von einst, besitzen. Wir legen jedoch Wert auf Gespräche auf gleicher Augenhöhe. Die Zeiten, wo Organisationen als Transmissionsriemen einer Partei angesehen wurden, sind endgültig vorbei.

In diesen Tagen formieren sich weltweit Friedenskräfte, die sich der in aller Offenheit inszenierten Vorbereitung eines als unausweichlich dargestellten Krieges der USA um das irakische Öl entgegenstellen. Für viele von uns war der Kampf für die Erhaltung des Friedens wichtigstes Motiv für den Dienst in den bewaffneten Organen der DDR. Wir haben

die DDR als Friedensstaat erlebt und verteidigt. Auch deshalb können wir heute nicht abseits stehen, wenn der Frieden bedroht ist.

Die Beteiligung an den großen Friedensdemonstrationen, an Unterschriftensammlungen und anderen Aktivitäten der Friedenskräfte ist deshalb unsere erste Pflicht und zugleich Selbstverständlichkeit. Vergessen wir dabei nicht: ohne Frieden ist alles andere nichts wert. Kriegsabenteuer - auch wenn die BRD nur mittelbar beteiligt sein sollte - verschlechtern dramatisch die Chancen jeglicher sozialen Projekte.

Der juristische Kampf gegen das Rentenstrafrecht ist komplizierter geworden. Das ist nicht zuletzt die Folge unverantwortlichen Handelns von Politikern, die ihnen zustehende Entscheidungen an die Gerichte delegieren.

Die Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu Rentenfragen steht jetzt erneut zur Verhandlung im Bundesrat. Hier kommt es vor allem auf die Haltung der übrigen ostdeutschen Länder an. Eine wichtige, aktuelle und vorrangige Aufgabe der TIG besteht deshalb darin, möglichst viele Mitglieder zu mobilisieren, die in Petitionen an die Landtage eine Unterstützung dieser Initiative einfordern.

Wie auch immer der Bundesrat entscheidet, wir sollten hierauf reagieren, indem wir den Landesregierungen und regierenden

► **Fortsetzung von Seite 1**

Parteien danken oder mitteilen, dass wir unsere Forderungen unbeirrt weiter erheben werden. Noch bis zum Jahre 2040 werden – wenn das Rentenstrafrecht nicht beseitigt wird – ehemalige Mitarbeiter des MfS bei ihrem Renteneintritt grob benachteiligt werden. Und bis dahin kann sich in der politischen Landschaft noch manches verändern.

Jeder sollte sich schon jetzt Gedanken machen, wie er sich, ausgehend von der selbst erlebten Benachteiligung durch das Rentenstrafrecht in einer individuellen Petition an den Petitionsausschuss des Bundestages wenden kann. Der Vorstand wird dazu auch methodische Hilfen übermitteln.

Was wir immer tun können ist, in ständig neuen Schreiben an Politiker und persönlichen Vorsprachen bei ihnen darauf aufmerksam zu machen, dass wir uns mit diskriminierenden Rentenregelungen nicht abfinden und unser Recht einfordern. Der erkennbaren Zermüblings- und Hinhaltetaktik setzen wir unsere Ausdauer und unser Festhalten an unseren Positionen entgegen. Wer kämpft kann verlieren, wer aufgibt, hat schon verloren.

Wir stehen dabei nicht allein. In mehr als zehn Jahren der Tätigkeit unseres Vereins haben sich stabile und solidarische Beziehungen zu anderen Sozialverbänden und -vereinen entwickelt, die es zu festigen und auszubauen gilt. Vielfach haben sich auch ständi-

ge Gremien etabliert, in denen ISOR als anerkannter Partner wirkt. Solche Formen der gleichberechtigten Zusammenarbeit, bei Wahrung der Eigenständigkeit, als gegenseitiges Nehmen und Geben gilt es weiter zu pflegen und möglichst noch auszubauen. Sie stehen und fallen mit dem persönlichen Engagement der beteiligten einzelnen Mitglieder und Funktionäre.

Als anerkannte Dachorganisation betrachten wir das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden. Es wird auf einem Kongress im April oder Mai 2003 ein zweites Memorandum zur Lage in Ostdeutschland, darunter auch zu den noch offenen Problemen bei den Renten, verabschiedet. Als Mitgliedsorganisation dieses Kuratoriums sehen wir in diesem Memorandum eine wichtige Grundlage unseres weiteren Wirkens. Die Initiativen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden finden unsere volle Unterstützung.

Mit „**ISOR-aktuell**“ und der Webseite <http://www.isor-sozialverein.de> verfügen wir über eine gute Basis für die Öffentlichkeitsarbeit, an deren Vervollkommnung – wie jeder selbst nachprüfen kann – unablässig gearbeitet wird. Sie sind wichtige Verbindung zu den Mitgliedern.

In der weiteren Entwicklung kommt es darauf an, die Verbindungen zu Medien und Presseorganen auszubauen und dadurch Anliegen von gemeinsamem Interesse noch größere Publizität zu verleihen. Jede Zeitung braucht vor allem eines: Leser. Auch wenn

viele Leserbriefe nicht veröffentlicht werden. Die Masse macht es aus. Hier ist noch ein weites Betätigungsfeld. Und wer sich zum Internet-Nutzer qualifiziert hat, findet hier eine Möglichkeit freier unzensurierter Meinungsäußerung.

Nicht zu übersehen ist, dass die öffentliche Meinung zum Rentenstrafrecht und zu anderen Diskriminierungen durch die Mehrheit der etablierten Medien und Presseorgane direkt und indirekt mittels verleumderischer Berichterstattung über die bewaffneten Organe der DDR und speziell über das MfS unablässig manipuliert wird. Wenn der Bundeskanzler verkündet, dass es kein Recht auf Lüge gibt, so trifft das in diesen Fällen wohl nicht zu.

ISOR unterstützt die Bestrebungen, in der täglichen politischen Auseinandersetzung in den Medien einen sachlichen Umgang mit der Geschichte der DDR zu erreichen, sowie der Delegitimierung der DDR als „Unrechtsstaat“, der Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR und einer von Rachsucht und Hass geprägten Politik entgegenzutreten.

Die TIG haben die politische Führungskonzeption bereits erhalten oder bekommen sie in den nächsten Tagen. Was jede TIG, jedes Mitglied zu ihrer Verwirklichung beitragen kann, muss vor Ort entschieden werden. Jede konstruktive weitere Idee ist hoch willkommen. Packen wir es an!

**Prof. Dr. Horst Bischoff
Wolfgang Schmidt**

Vorstandsmitglieder von ISOR im Gespräch mit den stellv. Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen

Es war so etwas wie eine Premiere, als am 20. Januar Horst Parton, Prof. Dr. Horst Bischoff, Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Wolfgang Schmidt und Karl-Heinz Hypko den Vizechef der Fraktion von „Bündnis 90/Die Grünen“ im Bundestag, Hans-Christian Ströbele, in den Geschäftsräumen des ISOR-Vorstandes zu einem Informationsgespräch empfingen, um das ISOR gebeten hatte.

Hans-Christian Ströbele ist unter den Bündnis-Grünen ein Ausnahmepolitiker. Man kann glauben, was er sagt. Selbstverständlich hat für ihn sein Engagement gegen Kriegspolitik Priorität und ebenso selbstverständlich war es, dass die ISOR-Vertreter dazu Übereinstimmung und Unterstützung feststellten.

Aufrichtig und ehrlich war wohl auch, dass uns Hans-Christian Ströbele in dem etwa einhalbstündigen Gespräch, welches überaus sachlich und frei von überflüssiger Polemik verlief, vor Illusionen warnte, sowohl hinsichtlich seines eigenen Eintretens für unsere Anliegen als auch hinsichtlich der Chancen, da-

für Mehrheiten im Bundestag zu finden. In Zeiten leerer Kassen stünden Vertreter vieler Interessengruppen auf der Matte und er sehe keinen Grund, unseren Forderungen gegenüber berechtigten anderen einen Vorrang zuzuweisen. Dabei mache die Tatsache, dass die Mehrzahl der Betroffenen MfS-Mitarbeiter seien, die Angelegenheit ohnehin nicht gerade leichter.

Das Bundesverfassungsgericht habe angesichts heftiger politischer Ablehnung in bemerkenswerter Unabhängigkeit geurteilt. Nur in neuen Urteilen dieses Gerichtes sehe er eine echte Chance in den nächsten Jahren Veränderungen in unserem Sinne zu erreichen.

Hans-Christian Ströbele bat darum, ihm die vorgetragenen Forderungen von ISOR (E3-Problematik, MfS-Renten, Dienstbeschädigtenrenten, Dynamisierung) einschließlich der finanziellen Auswirkungen einer Umsetzung in Kurzfassung schriftlich fixiert zuzuleiten. Das ist zwischenzeitlich erfolgt. Dabei

sind, wie im Gespräch auch, die Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft von ISOR betont worden.

Nachfragen zum allgemeinen Rentenrecht der DDR (z. B. Breite der Beitragszahlung oder Mindestrenten) verdeutlichten das Interesse an DDR-Erfahrungen bei der Entwicklung eigener Konzeptionen im Rentenrecht. Auch bei der Bearbeitung dieses Feldes wurde die Unterstützung von ISOR zugesagt.

Eine Fortsetzung des Gespräches, vielleicht in einigen Monaten, erscheint möglich und nützlich. Ob „Bündnis 90/Die Grünen“ in ihrem Bestreben, den Wahlerfolg von Hans-Christian Ströbele auf die neuen Bundesländer zu übertragen, auch über ihr Verhältnis zur ehemaligen Dienstklasse der DDR nachdenken werden, bleibt abzuwarten.

Von einer ganz anderen Ausgangsposition geprägt war eine Zusammenkunft mit Hans-Joachim Hacker (SPD) am 27. Januar 2003. Er

► **Fortsetzung auf Seite 3**

► Fortsetzung von Seite 2

ist ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender seiner Partei und macht seit längerem kein Hohl aus seiner Position zur Wertneutralität des Rentenrechts. In dem Gespräch mit dem Vorsitzenden unseres Vereins sowie mit dessen Stellvertretern betonte Hans-Joachim Hacker im Jakob-Kaiser-Haus des Bundestages erneut seine feste Position, auch politisch dazu beizutragen, dass auf juristischem Wege nach mehr als 12 Jahren Einigung Deutschlands endlich auch im Bereich der Renten die notwendigen Schritte in Richtung Überwindung der Ungerechtigkeiten unternommen werden. Natürlich verwies auch er auf das

gegenwärtige politische Klima im Bundestag und die aktuelle Kassenlage der Bundesregierung, welche sich denkbar ungünstig für eine schnelle Lösung darstellen. Aber dennoch möchte er gerade jetzt durch entsprechende Gespräche mit kompetenten Vertretern aus dem Bundestag (u. a. auch mit Herrn Ströbele) und den zuständigen Ministerien dazu beitragen, dass die vorgesehene Aktivierung der im Sozialausschuss des Bundesrates befindlichen Vorschläge des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine entsprechende Grundlage für die notwendigen Veränderungen sein können. Am 30. Januar sollte über diese bekannte Bundesratsinitiative erstmalig beraten werden.

Herr Hacker zeigte sich sehr interessiert an den Problemen der juristischen Führung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und betonte die Notwendigkeit des zweigleisigen Vorgehens. Auch er zeigte sich davon überzeugt, dass im wesentlichen nur mit höchst richterlicher Unterstützung und Begleitung entsprechende rechtliche Veränderungen möglich sein werden. Auch hier betonten die Gesprächspartner die weitere gegenseitige Information über den Fortgang der Aktivitäten. Der ISOR-Vorstand wiederholte sein Angebot, notwendige Unterstützungsmaßnahmen zu leisten.

Wolfgang Schmidt
Karl-Heinz Hypko

Stimmen gegen den Krieg

Krieg ist Terror – unter dieser Losung demonstrierten am 16. Januar Tausende Bürger aus Sachsen und aus dem Irak in der Landeshauptstadt Dresden gegen einen anstehenden, verheerenden Krieg der amerikanischen Bush-Regierung gegen das irakische Volk.

Ein Teil unserer TIG **Wurzen** folgte der Einladung des Kreisvorstandes der PDS des Muldentalkreises und fuhr mit nach Dresden. Mit Tausenden friedlicher Demonstranten begaben wir uns auf den Demokurs der Innenstadt von Dresden. Viele Passanten, die am Straßenrand standen, reihten sich in den Demonstrationzug ein, um auch diese so kleine Chance genutzt zu haben, gegen den Irak-Krieg ihr Nein zum Ausdruck zu bringen.

Die abschließende Kundgebung mit den mahnenden Worten der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer – Stoppt den Krieg, bevor er beginnt – war für alle Teilnehmer eine echte politische Befriedigung.

Rudi Winkelmann



Irakkrieg – kein taugliches Mittel

Jetzt ist es so weit. Knallhart formulierte die CSU auf dem Wildbad-Kreuther Treffen die Berechtigung eines Krieges der USA mit ihren Dienerstaaten gegen den Irak. Offensichtlich hat der US-Präsident Bush keine anderen Interessen, als mit dem Schwert in der Hand den Weltrambo zu spielen. Zig Milliarden Dollar sind trotz hoher Verschuldung der USA und der Armut der Bevölkerung nicht zu viel, um einen Mann wie Saddam Hussein den Garas zu machen. Und deutsche Politiker drängen darauf, nicht abseits stehen zu wollen. CDU und CSU, vertreten durch ihre Parteistrategen Schäuble und Stoiber, verneigen sich zutiefst vor einem Mann der den gescheiterten Krieg von 1991 im Irak, komme was wolle, nach zehnjähriger Pause fortsetzen will. Alle Behauptungen in Irak gäbe es Massenvernichtungswaffen, haben sich als

Lüge herausgestellt. Über sechs Wochen Einsatz der UNO-Kontrolleure im Irak haben bisher nicht einen Beweis für Atom- und Massenvernichtungswaffen erbracht. Und dennoch wird mit dem Säbel gerasselt. Bestens ausgerüstete Soldaten und modernste Kriegstechnik sind an den Grenzen zum Irak stationiert.

Die Mitglieder der TIG **Güstrow** verurteilen das verbrecherische Treiben des „Weltherrschers“ und fordern die Verhinderung eines Krieges und unterstützen die Auffassung des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Harald Ringstorff, den Irakkonflikt friedlich zu lösen.

Walter Krüger, Güstrow



Mit folgender Petition wandte sich unser Mitglied Horst Liebscher, Schleusingen, an den Petitionsausschuss:

Mit dieser Petition ersuche ich Sie, die Bundesregierung aufzufordern, im Falle eines Krieges gegen den Irak den USA jegliche Überflugsrechte zum Zwecke der Kriegsfüh-

rung und die Nutzung der in der BRD gelegenen Flugplätze und US-Stützpunkte zu verweigern. Ebenso darf die BRD keine AWACS-Aufklärer zur Verfügung stellen. Die BRD hat eine besondere Verantwortung, da sie für zwei Jahre Mitglied des Sicherheitsrates ist.

Sollte dieses Gremium über einen Krieg gegen den Irak entscheiden, so fordern Sie die Bundesregierung auf, sich im Sicherheitsrat gegen diesen Krieg auszusprechen. Meine Forderung als Bürger der BRD:

Kein deutsches „Ja“ zu einem solchen Krieg! Dieser Krieg wäre ein Verbrechen!

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland würde sich mitschuldig machen, wenn sie nicht alles unternimmt, um dieses Verbrechen wirksam zu verhindern.

Ich persönlich befürchte, dass die kriegslüsterne Politik des US-Präsidenten gegen den Irak die Vorstufe eines weltweiten Krieges, geführt mit Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen, ist.

Helfen Sie, werte Damen und Herren des Petitionsausschusses, dies zu verhindern.





Aus unseren TIG

Die TIG **Frankfurt/Oder** fordert die Beendigung der politischen Diskriminierung. Der Vorstand beschloss dazu im Namen der 500 Mitglieder, die Forderungen des ISOR-Vorstandes in Briefen an den Bundeskanzler, den Bundespräsidenten, die Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherung, den Minister Stolpe sowie an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg zu unterstützen.

Darüber hinaus ist geplant, die Mitglieder aufzufordern, an den Petitionsausschuss des Bundestages sowie den des Landtages zu schreiben zur Beseitigung des Rentenstrafrechts für alle ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS und weitere Personenkreise (E3) durch die Regierung bis 2004 sowie zur Angleichung der Renten Ost an die Renten West in einem Stufenplan bis 2007.

Die TIG schlägt vor, alle TIG sollten sich daran beteiligen, damit die Regierenden merken, wir kämpfen und fordern Gerechtigkeit für alle Menschen in Deutschland auf sozialem und politischem Gebiet. Das wäre ein Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit.

Kurt Grüneberg



Über 320 Mitglieder der TIG **Chemnitz** berieten auf einer Mitgliederversammlung gemeinsam mit Horst Parton und Abgesandten aus den Kreisen sowie Vertretern der Chemnitzer Rentnerinitiative die Aufgaben für das Jahr 2003. Horst Parton bescheinigte den Chemnitzern eine erfolgreiche Arbeit und dankte im Namen des Vorstandes für die im vergangenen Jahr gezeigten Initiativen, die voll und ganz mit den vom Vorstand gegebenen Orientierungen übereinstimmen. Aus aktuellem Anlass stellte er an die Spitze seiner Ausführungen unsere gemeinsame Sorge um die Erhaltung des Friedens und bekräftigte in Übereinstimmung mit allen Teilnehmern unser entschiedenes Nein zu den Kriegsplänen der USA gegen den Irak.

Auf unsere künftige Arbeit bezogen standen fünf wesentliche Probleme im Mittelpunkt.

Dabei geht es um die Aufhebung der besonderen Beitragsbemessungsgrenzen für Personen, die Einkommen über den Werten der Anlage 4 AAÜG bezogen haben (E 3), möglichst noch bevor das Bundesverfassungsgericht die Regierung verurteilt,

die der Klärung der tatsächlichen Verhältnisse entsprechend angemessene Berücksichtigung der Arbeitsentgelte der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS bis zur allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze, ohne dass dies durch ein erneutes Urteil des Bundesver-

fassungsgericht veranlasst werden muss,

die umgehende Neuregelung des Dienstbeschädigungsrechts, nachdem das Bundesverfassungsgericht die entsprechenden Regelungen des AAÜG mit Beschluss vom 21. November 2001 als verfassungswidrig verworfen hat,

die dem Gebot des Abstands zu den Versicherten der Sozialpflichtversicherung und Freiwilligen Zusatzrentenversicherung der DDR und der Wahrung des Lebensstandards gem. dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Regelung der Dynamisierung der besitzgeschützten Versorgungsleistungen unter Beachtung der Inflationsrate in den neuen Bundesländern, ohne dass es auch dazu erneut eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts bedarf.

Durch den Vorsitzenden der TIG, Dieter Winkler, wurde herausgestellt, dass in Chemnitz für das weitere erfolgreiche Mitwirken im Kampf um die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechtes gute Voraussetzungen bestehen. Das wird durch die Bilanz der Ergebnisse des Jahres 2002 bewiesen. So wurden u. a. seit September 2001 bisher 122 neue Mitglieder gewonnen und die helfende und beratende Tätigkeit der Rechtsgruppe zum Nutzen vieler Mitglieder permanent gewährleistet. Die Protestbewegung und das Schreiben von Petitionen wurde fortgesetzt.

In Vorbereitung der Wahlen wurden die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und deren Kandidaten mit unseren Problemen konfrontiert. Gemeinsam mit den in der Renteninitiative vertretenen Vereinen und Verbänden wurden gleichartige Aufgaben abgestimmt und durchgeführt. Letztlich wurde die Vereinsarbeit zur Freude vieler Mitglieder weiter entfaltet und als Hilfe für Hochwassergeschädigte eine Summe von 6.379 Euro gespendet.

Die Teilnehmer der Beratung waren sich einig, dass die TIG Chemnitz in Übereinstimmung mit den von Horst Parton genannten Schwerpunkten die bewährten Formen und Methoden der Arbeit beibehält und sich vorrangig auf die Gewinnung neuer Mitglieder und die Festigung einer zielgerichteten Protestbewegung konzentriert. Wir betrachten es auch für andere TIG als ratsam, die Protestaktionen vorrangig im 1. Halbjahr 2003 zu führen. Darüber hinaus wird die TIG Chemnitz durch entsprechende Aktivitäten die Bundesratsinitiative der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern unterstützen und auch weiter zum Wohle unserer Mitglieder Spendenbereitschaft zeigen und solidarische Hilfe leisten. Damit soll auch durch unser Zu-

tun erreicht werden, dass der Weg freige-macht wird für eine 3. Änderung des AAÜG.

Im Rahmen der Veranstaltung unterzeichneten die Teilnehmer eine Forderung des BRH zur Rentenangleichung Ost/West sowie einen Friedensappell.

Horst Beckert



Die TIG Berlin **Friedrichsfelde/Karls-horst** führte am 23. 1. 2003 ihre Jahres-versammlung mit dem erweiterten Vorstand, mit den Mitgliedern von Arbeitsgruppen und mit allen Gruppenbetreuern/Kassierern durch.

Die Freunde dankten dem aus gesundheitlichen Gründen aus der Funktion ausscheidenden TIG-Vorsitzenden Gerhard Gudopp für sein über zehnjähriges Wirken als Vorsitzender und für seinen persönlichen Anteil am Wachsen und Werden der ISOR e. V. und dieser TIG. Sie wünschten ihm alles Gute und Stabilisierung seiner Gesundheit.

Als neuer TIG-Vorsitzender wurde der Freund Heinz Lestin vorgestellt, der seit Bestehen der TIG dem Vorstand angehört. Er dankte für das Vertrauen und bestärkte die Anwesenden in ihrer Position in solidarischer Geschlossenheit den Kampf bis zur völligen Beseitigung des Rentenstrafrechtes und der Rentenungerechtigkeit fortzusetzen. Die vom Vorstand beschlossene Aufgabenstellung für das Jahr 2003 enthält Vorhaben zur Schaffung kooperativer Beziehungen zwischen den TIG und mit anderen Betroffenenverbänden im Territorium. So sollen die vielfältigsten Möglichkeiten genutzt werden, um durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit unser Anliegen einem größeren Personenkreis bekannt zu machen.

Wir werden als eine erste Aufgabe über Petitionen und Briefe an den Berliner Senat und an einschlägige Minister der Bundesregierung die Unterstützung der Bundesratsinitiative von Mecklenburg-Vorpommern einfordern. Information und Betreuung der Mitglieder sowie die Gewinnung weiterer Freunde zur Übernahme von Aufgaben, sei es als Betreuer, Mitglied in Arbeitsgruppen oder im Vorstand wurden ebenso wie die vielseitige Entwicklung des Vereinslebens in die Aufgabenstellung aufgenommen. Der TIG-Vorsitzende hob hervor, dass gut funktionierende Gruppen und ein wirkungsvolles Vereinsleben auf Kiezebene wichtige Voraussetzungen für unseren Kampf sind und dankte den Gruppenbetreuern für ihre unermüdliche Kleinarbeit.

Heinz Lestin



Es hat sich in der Vergangenheit bewährt, gleich zu Beginn des Jahres die Schwerpunkte unserer Arbeit mit allen Funktionären gemeinsam zu beraten, um auf diese Weise einen guten Start für das neue Jahr zu er-

► **Fortsetzung auf Seite 5**

► Fortsetzung von Seite 4

reichen. So führte unsere TIG **Cottbus** am 14. 1. 2003 diese gemeinsame Beratung durch, an der auch unser Vorsitzender Horst Parton teilnahm. In seinen Ausführungen wurden sehr anschaulich der Stand in unserem politischen und juristischen Kampf zur Herstellung der Rentengerechtigkeit beurteilt und erforderliche Orientierungen zur Motivierung unserer Mitglieder gegeben. Wir waren uns einig: Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, den politischen Druck auf die Parlamente, Fraktionen und den Petitionsausschuss sowie überhaupt auf die Politik weiter zu erhöhen, um die Rentenkürzung lt. 2. AAÜG ÄndG so schnell als möglich zu beseitigen.

Zum Abschluß waren sich alle Teilnehmer einig, dass von jedem Aktivitäten zur Verhinderung eines Krieges gegen das irakische Volk durch die USA erforderlich sind. Gegenwärtig führt unsere TIG eine Unterschriftensammlung mit einer sehr positiven Resonanz durch. Dieser Appell wurde weiteren acht Verbänden und Vereinen übermittelt mit dem Anliegen sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Manfred Woiton

Der Vorstand teilt mit

Auf seiner Sitzung am 29. 1. 2003 nahm der Vorstand Informationen zu den durchgeführten Gesprächen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Bündnis 90/Die Grünen Hans-Christian Ströbele vom 20. Januar sowie dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD Hans-Joachim Hacker vom 27. Januar entgegen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Umsetzung der Initiative der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat.

Prof. Dr. Gruner informierte über ein Gespräch mit der stellvertretenden Vorsitzenden der PDS zur Frage der Seniorenpolitik der PDS sowie der weiteren Gestaltung von Petitionen zur Beendigung von Rentenungerechtigkeiten, besonders des Rentenstrafrechts.

Der Vorstand beschloss eine politische Führungskonzeption zur Beendigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligung.

Der Finanzplan 2003 wurde bestätigt.

Alle Mitglieder werden aufgerufen, die Initiative des Ostdeutschen Kuratoriums von

Verbänden „Nein zum Krieg“ aktiv zu unterstützen.

Dr. Gerhard Dylla informierte den Vorstand über den Stand des 2. Memorandums des Kuratoriums, welches im April/Mai 2003 auf einem Kongress der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Der Vorstand kooptierte das Mitglied des Beirates Gerd Röseberg in den Vorstand und berief ihn zum Beauftragten für das Land Brandenburg. Vereinsfreund Heinz Schulz, Leiter der AG Recht der TIG Cottbus, wurde zum Mitglied des Beirates beim Vorstand der ISOR e.V. berufen.

★ ★ ★

Am 3. 2. 2003 fand beim Vorstand der ISOR e.V. ein Informationsgespräch zwischen der Initiative gerechte Altersversorgung und ISOR statt. Im Beisein der Rechtsanwälte Dr. Helmers und Schippert wurde die gegenwärtige politische und juristische Lage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen erörtert. Im Gespräch wurden Gemeinsamkeiten im Kampf gegen das Rentenstrafrecht hervorgehoben.

Es wurde vereinbart, den gegenseitigen Informationsaustausch fortzusetzen.

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 94. Geburtstag:

Helmut Teichmann, Berlin-Hohenschönhausen

zum 92. Geburtstag:

Liddy Rosch, Zernsdorf

zum 91. Geburtstag:

Herbert Berger, Leipzig

zum 90. Geburtstag:

*Wolfgang Vogel, Berlin-Hohenschönhausen
Fritz Zorn, Leipzig*

zum 89. Geburtstag:

*Elise Hanusch, Gera
Reinhold Lochmann, Berlin-Friedrichsfelde
Gerhard Schneider, Chemnitz*

zum 88. Geburtstag:

*Lotte Dommel, Dresden
Werner Erner, Templin
Ruth Täschner, Berlin-Pankow*

zum 87. Geburtstag:

*Paul Domagalla, Magdeburg
Elisabeth Hellwig, Berlin-Treptow*

zum 86. Geburtstag:

*Werner Benné, Schwerin
Hildegard Fischer, Berlin-Treptow
Ruth Mittenzwei, Gera*

zum 85. Geburtstag:

*Albert Grimm, Zwickau
Erich Harzbecker, Dresden
Josef Möse, Magdeburg
Herbert Neumann, Neustrelitz*

zum 80. Geburtstag:

*Karl Bellmann, Berlin-Köpenick
Rudolf Brahde, Berlin-Köpenick
Helmut Förster, Berlin-Weißensee
Erhard Gerstenberger, Aschersleben*

Judith Glück, Berlin-Prenzlauer Berg

*Hans Görmer, Halle
Heinz Haase, Leipzig
Günter Haese, Berlin-Hellersdorf
Rudolf Haueisen, Jena
Rolf Hiller, Berlin-Köpenick
Horst Jänicke, Berlin-Hellersdorf
Gertrud Kittelmann, Magdeburg
Baldfried Klamt, Potsdam-Stern
Heinz Krupp, Bestensee
Bruno Küsel, Berlin-Köpenick
Heinz Milbrett, Cottbus
Horst Nimmrich, Hermsdorf
Hans-Joachim Schatte, Gransee
Fritz Sparschuh, Berlin-Pankow
Heinz Weinhold, Hermsdorf*

zum 75. Geburtstag:

*Willi Bickel, Berlin-Friedrichshain
Erich Birnbaum, Rostock
Ingeborg Börner, Berlin-Treptow
Edelgard Brandt, Schönebeck/Eggersdorf
Willi Brehm, Rostock
Elli Brezinski, Frankfurt/Oder
Heinz Brinck, Fürstenberg
Gerda Budde, Berlin-Friedrichshain
Elisabeth Däweritz, Magdeburg
Berthold Freye, Berlin-Lichtenberg
Christa Geisler, Cottbus
Elfriede Haase, Leipzig
Irmgard Hanig, Dresden
Käthe Havranek, Berlin-Friedrichsfelde
Ursula Held, Rostock
Heinz Hille, Magdeburg
Horst Höwler, Berlin-Lichtenberg
Fritz Jäger, Leipzig
Heinz Jurke, Berlin-Treptow*

Harry Kleber, Berlin-Friedrichshain

*Rudolf Klusemann, Berlin-Mitte
Hans-Joachim Könitz, Berlin-Weißensee
Heinz Kolbe, Zühlsdorf
Ingeborg Konieczny, Berlin-Köpenick
Horst Krauß, Berlin-Köpenick
Roman Küllmey, Berlin-Treptow
Ursula Kühn, Berlin-Friedrichsfelde
Rosemarie Kummerehl, Potsdam-Babelsberg
Josef Leukert, Gardelegen
Gerta Lorenz, Leipzig
Melitta Marstalerz, Berlin-Marzahn
Joachim Münch, Rostock
Alfred Naumann, Polleben
Heinz Neuland, Erfurt
Heinz Pahlke, Berlin-Treptow
Gerold Paulsen, Berlin-Friedrichshain
Günther Peschke, Frankfurt/Oder
Rolf Peter, Schwerin
Maria Plischke, Bernau
Hildegard Porschberger, Dresden
Hans Riedel, Rostock
Fritz Schleicher, Pößneck
Harri Schnirpel, Berlin-Treptow
Günther Schönegege, Berlin-Friedrichsfelde
Kurt Scholz, Bernau
Walter Seifert, Stralsund
Ilse Strobel, Gelenau
Ruth Täschner, Berlin-Pankow
Hans-Joachim Telleis, Eichwalde
Prof. Dr. Werner Tippmann, Potsdam-Babelsberg
Günter Tottewitz, Berlin-Hellersdorf
Dr. Hildegard Wemmer, Zeuthen
Manfred Wenzel, Leipzig
Herbert Willomitzer, Berlin-Hohenschönhausen
Hans Wolf, Plauen*

Auf dem Büchermarkt

Inge Lammell

Arbeiterlied – Arbeitergesang

Hundert Jahre Arbeitermusikultur in Deutschland.

Aufsätze und Vorträge 1959-1998

Der Sammelband soll an die in Vergessenheit geratene Zeit des Arbeiterliedes erinnern. In Aufsätzen und Vorträgen werden die Biografien deutscher und internationaler Arbeiterlieder und Beiträge zum Verhältnis von Arbeiterlied und Volkslied, zur Beethovenpflege durch Arbeiterchöre, zu Erfolgen und Problemen in der deutschen Arbeitersängerbewegung und über die internationale revolutionäre Musikbewegung vorgelegt.

Die Beiträge basieren auf Recherchen und Forschungen während der 30jährigen Tätigkeit Inge Lammells als Leiterin des Arbeiterliedarchivs an der Akademie der Künste der DDR. ISBN 3-933471-35-4

Apropos: Der „Ernst-Busch-Chor Berlin gibt am 27. April 2003, 10.00 Uhr im Berliner Filmtheater Kosmos ein Konzert aus Anlass seines 30. Geburtstages.

Interessenten haben die Möglichkeit, ab 4. 3. 2003 jeweils Dienstag, Mittwoch und Freitag zwischen 9.00 und 15.00 Uhr Karten für das Konzert in der ISOR-Geschäftsstelle, bei Kurt Urban oder Wolfgang Ney, Zimmer 312, zu beziehen.

Eintritt: Erwachsene 8,- €, Kinder 4,- €.



Horst Joachimi

Und nur langsam fächert das Licht zu Tale

Sudetendeutsche Schicksale

Nach „Alice Ost – Alice West“ beschreibt Horst Joachimi in seinem neuen Buch den Lebensweg eines sudetendeutschen Geschwisterpaares, das, getrennt durch familiäres Schicksal und Vertreibung der Sudetendeutschen, erst nach dem Fall der Mauer wieder zusammen trifft. Es treffen Menschen mit unterschiedlichen Denkweisen und unterschiedlicher Staatszugehörigkeit zusammen. Joachimi vermittelt eine interessante Sicht über ein oft verdrängtes Thema der neueren Geschichte.

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese

Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag Frieling & Partner GmbH Berlin

ISBN 3-8280-1834-3

Preis: 5,80 €



Günter Enterlein

Vom Broadway zum Adlergestell

Verlag Frieling & Partner GmbH Berlin

ISBN 3-8280-1807-7

Preis 9,- €

Reiseangebot der AG Freizeit und Reisen der GBM

Reise zu den Störtebeker-Festspielen auf der Insel Rügen mit der Vorstellung „Der Wolf der Meere“.

Eine Rundfahrt führt die Teilnehmer zu den schönsten Orten und Landschaften der Insel. Die Reise bietet Gelegenheit zum Besuch des Deutschen Bernstein-Museums Ribnitz-Damgarten (auf der Hinfahrt) und des Museumskomplexes Prora mit KDF-, NVA- und Rügen-Museum.

Termin: 29. Juni bis 1. Juli 03

Preis: 199,- Euro incl. Eintritt

Leistungen:

Fahrt im mod. Nichtraucher-Bus;
2 Übernachtungen mit HP in Ralswiek;
Eintritt in die Naturbühne; Rügenrundfahrt;
Stadtführung Stralsund; Reiserücktrittskostenvers.; Reiseleitung GBM.

Interessenten wenden sich bitte an die Geschäftsstelle der GBM: Weitlingstr. 89, 10319 Berlin

Tel.: 030 5578397 - Fax: 030 5556355

e-mail: gbmev@t-online.de

Auskünfte erteilt der Leiter der AG, Gisbert Graff, Tel.: 030 56587715

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnungen **Seebad Heringsdorf**

Tel.: 038378/22273



Ferienhaus mit Sauna in **Rüdnitz** (26 km bis Berlin) – Tel.: 03338 760278

Danksagung

Für die aufrichtige Anteilnahme, die Beileidsbekundungen und Geldspenden, die mir anlässlich des Todes meines lieben Ehemannes **Genossen Fritz Keyselt**

von Genossinnen und Genossen, Freunden und Bekannten zuteil wurden, möchte ich auf diesem Wege herzlich danken. *Christa Keyselt*

Achtung

Neue Fax-Nr. der ISOR Geschäftsstelle

Ab 1. 3. 2003: **030 2978 43 20**



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ARNO BÄURICH, Chemnitz
HANS BELLSTEDT, Eisenhüttenstadt
MAX BEYER, Berlin
SIEGFRIED BRANDSTÄTER, Golm
MARIANNE DIEMANN, Rostock
WOLFGANG ERLER, Frankfurt/Oder
HELMUT FRUTH, Löbau
HELMUT GERSTNER, Berlin-Friedrichsfelde
CHARLOTTE GIECK, Leipzig
HELMAR GROSSMANN, Neustrelitz
HELMUT HEISE, Gera
DORA HELLMANN, Friedrichroda
ANNA HILLE, Wettelrode
MAX HINZE, Berlin-Hohenschönhausen
ADOLF KAATZ, Eisenach
Dr. Waldemar Kästner, Eisenach
JOACHIM KNOBLOCH, Wehrsdorf Krs. Bautzen
WERNER KÖRBER, Westdorf
GERHARD KOHLA, Hoyerswerda
WERNER KRESSE, Leipzig
HEINZ LEIDERT, Leipzig
HILDEGARD MAGDEBURG, Berlin-Treptow
HANS MÖLLER, Suhl
KURT MÜLLER, Berlin-Pankow
FRITZ NOTROFF, Stralsund
SIEGFRIED RICHTER, Aschersleben
JOHANNA RIEDEL, Leipzig
MARIANNE SCHIRM, Berlin-Friedrichsfelde
HORST SCHLESKE, Altes Lager
WALTER SCHMIDT, Petershagen
ARNO SCHRADER, Aschersleben
WERNER SEEL, Berlin-Buch
ELFRIEDE SEELAND, Eckardtshausen
SIEGFRIED SPEER, Cottbus
RUDI STEINERT, Altenburg
HILDEGARD SÜSMILCH, Schönrow
KARL-HEINZ THUM, Bernau
HANS TRIEBKE, Frankfurt/Oder
GÜNTHER WASCHOW, Berlin-Treptow
GERHARD WERNER, Chemnitz
NORBERT WETZEL, Berlin-Friedrichsfelde
JOSEF WOJNA, Worbis
CHRISTEL ZEHSER, Forst

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Friedrich Noll, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 4. 2. 2003

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr